

Corona lässt „Mainhattan“ wackeln



Von WOLFGANG HÜBNER | Viele Jahre ging es in Frankfurt nur aufwärts: Immer mehr Arbeitsplätze, immer höhere Einnahmen aus der Gewerbesteuer, immer steiler aufragende Bürotürme, immer mehr Einwohner, immer größere Internationalität – sogar die Eintracht erlebte einen gewissen Höhenflug. Da konnte selbst ein irrlichternder linker Oberbürgermeister und eine zerstrittene Parteienkoalition im Römer das schöne Bild vom „Boomtown“ mitten in Deutschland und EU-Europa nicht sonderlich trüben. Noch zu Jahresbeginn 2020 sah es danach aus, als sollte sich diese positive Entwicklung am Sitz der Europäischen Zentralbank fortsetzen. Doch es ist unter den Vorzeichen der Viruskrise ganz anders gekommen.

Denn gleich zwei ökonomisch wie politisch herausragend wichtige Bereiche für die Frankfurter Prosperität sind infolge der Corona-Maßnahmen faktisch lahmgelegt: Deutschlands größter Flughafen und das für viele städtische Wirtschaftsbereiche sehr profitable Messegeschäft. Dass nun in nächster Nähe zu dem derzeit brachliegenden Messegelände das Luxushotel „Hessischer Hof“, erst in den letzten Jahren mit hohem Millionenaufwand renoviert, mangels Einnahmen und Perspektive schließen wird, lässt die Aussicht auf Frankfurts Zukunft zusätzlich verdüstern. Doch Einschlüge hat es zuvor bereits mit der AWO-Affäre, der völligen Verwahrlosung des Bahnhofsviertels, dem skandalösen Sauberkeitsdefizit sowie anwachsenden Gewaltexplosionen unter Teilen der migrantischen Jugend gegeben.

Trotz der bundesweit bewunderten riesigen Einnahmen aus der für die Finanzmetropole unverzichtbaren Gewerbesteuer hat Frankfurt alles andere als eine gesunde Sozialstruktur. Deshalb geht ein von Jahr zu Jahr steigender Anteil der städtischen Einnahmen in den Sozialetat, damit das Idealbild der „Sozialen Stadt“ aufrechterhalten werden kann. Zwar bietet Frankfurt bislang viele gutbezahlte Arbeitsplätze an, aber eben auch noch mehr Jobs, mit denen die oft horrenden Mieten nicht bezahlt werden können. Diese Situation hängt auch eng mit dem großen Zustrom von Ausländern aus EU-Staaten und der ganzen Welt nach Frankfurt zusammen, die hier eine Lebensperspektive suchen.

Politischer Realitätsverlust dominiert

Über 50 Prozent der Frankfurter Einwohnerschaft sind nichtdeutscher Herkunft, an den öffentlichen Schulen sind es oft 80 bis 90 Prozent. Über diese „Vielfalt“ freuen sich die Vertreter des deutschen Parteienkartells in Frankfurt sehr, konnten die damit zusammenhängenden sozialen und politischen Probleme doch zumindest finanziell einigermaßen befriedet werden. Doch mit dem diesjährigen steilen Absturz der Steuereinnahmen ändern sich die Rahmenbedingungen grundlegend. Zwar wird die Stadt vom Land Hessen hohe, mit Neuschulden finanzierte Ersatzzahlungen bekommen, doch schon 2021 wird das nicht mehr möglich sein.

Das wissen selbstverständlich auch die Verantwortlichen im von CDU, SPD und Grünen dominierten Magistrat. Sechs Monate vor der Kommunalwahl im März 2021 beschäftigen sich diese Parteien jedoch lieber wohlwollend mit Initiativen, zusätzliche Sozialasylanten aus griechischen Lagern aufzunehmen. Das ist nicht nur ein Hohn auf Zehntausende, die nach einer bezahlbaren Wohnung suchen, sondern zeugt auch von einem Realitätsverlust, der sich den wirklichen Problemen Frankfurts nicht stellen will.

Zudem lebt ein Gutteil des Frankfurter Besitz- und

Bildungsbürgertums längst außerhalb der Stadtgrenzen und verfolgt die negative Entwicklung der Stadt aus vermeintlich sicherer Distanz. Doch wenn der Wirtschaftsmotor der Rhein-Main-Region, der Frankfurt zweifellos ist, ins Stottern und Wackeln gerät, wird das auch Auswirkungen bis in die wohlhabenden Gemeinden an der Peripherie von „Mainhattan“ haben. Frankfurt geht jedenfalls schwierigen Zeiten entgegen, belastet von politischen und gesellschaftlichen Kräften, die davor die Augen verschließen.



Wolfgang Hübner.

*PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
s
ch
re
ib
t
se
it
vi
el
en*

Ja
hr
en
fü
r
di
es
en
Bl
og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk
sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un

g
De
ut
sc
hl
an
ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
.
De
r
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr

ak
ti
on
sv
or
si
tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be

rs
20
16
se
in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
. De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re

r
is
t
üb
er
s
ei
ne
Fa
ce
bo
ok
-
Se
it
e
er
re
ic
hb
ar
.